

Bethel nähert sich dem Ruhrgebiet?

(Die diakonische Einrichtung Homborn wird geplant ^{viv}

Eine Geschichte: über Homborn, nebst Bethel und Eckardtsheim

Homborn – mit diesem Namen sind die Aktivitäten der v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel zunächst in der Stadt Breckerfeld bei Hagen, später im südlichen Westfalen und im Ruhrgebiet verknüpft. Was seit 1958 als „Homborn“ seine ersten Schritte tat, heißt seit dem 01.01.2001 „Stiftungsbereich Vor Ort“. Bis dahin fungierte Homborn zunächst als Verein, dann als Zweiganstalt und wenig später als Teilanstalt der v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel. Längst ist die Bethel-Einrichtung über ihre einstigen Grenzen in der Gemarkung Homborn hinausgewachsen mit zahlreichen Angeboten in der Region: 429 stationäre, 182 teilstationäre Betreuungsplätze und verschiedene ambulante Möglichkeiten weist der gesamte Stiftungsbereich auf. Einrichtungen befinden sich u. a. in Hagen, in Dortmund und in Gevelsberg. Die Hilfeangebote konzentrieren sich auf die Bereiche Epilepsie, Behindertenhilfe, Psychiatrie, Wohnungslosenhilfe und Suchtkrankenhilfe.¹

Während die in Bielefeld gelegenen v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel auf eine lange Tradition seit 1867 zurückblicken können, ist dieses ‚Bethel-Kind‘ noch recht jung. Bethel interessierte sich seit Ostern 1958 für das in der Stadt Breckerfeld nahe der Großstadt Hagen gelegene Gut Homborn mit landwirtschaftlichen Flächen, Gutshof und Stallungen. Im Herbst 1958 wurde der Ankauf abgewickelt, im Frühjahr 1959 erfolgte die grundbuchliche Eintragung. Zunächst wurde der Gutshof umgebaut, damit hier die ersten Klienten einziehen konnten. So startete die Einrichtung im Mai 1961 mit einer 22 Plätze umfassenden Arbeiterkolonie – einem zeitgenössischen Hilfeangebot in der Nichtsesshaftenfürsorge.² Beschäftigt wurden die wohnungslosen Männer in der Landwirtschaft; ein paar Jahre später kamen Werkstätten für die industrielle Fertigung hinzu. Die von Anfang an unrentable Landwirtschaft wurde im Laufe des Jahres 1969 aufgegeben. Nach einer

¹ Vgl. Arbeitsbericht der v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel 2002.

² Arbeitsbericht der v. Bodelschwingschen Anstalten 1961/62.

langen Planungsphase, vielen Anträgen und zahlreichen baulichen Auflagen konnten weitere Arbeitsfelder erst zum Ende der 1960er Jahre hin aufgenommen werden. Im September 1968 zogen Frauen mit Epilepsie in das Helene-Schweitzer-Haus ein, seit November 1968 lebten epilepsiekranken Männer im Philipp-Nicolai-Haus.³

Die (lange) Vorgeschichte von Homborn ist wichtig für gleich zwei Stränge der Bethel-Geschichte. Zum einen finden sich hier die Wurzeln Homborns, und Wurzeln können ganz entscheidend für den weiteren Lebensweg sein. Sie helfen mit, das Verständnis für Entwicklungen der Gegenwart zu öffnen. Zum anderen ist die Vorgeschichte Homborns ein wichtiger Baustein für die Geschichte der gesamten v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel in der Zeit Mitte bis Ende der 1950er Jahre. Mit den Überlegungen rund um die Errichtung eines neuen Bethelzweigs griff man nachhaltig in das Gefüge der Mutteranstalt in der Ortschaft Bethel und der Zweiganstalt Eckardtsheim in der Senne ein. In den Planungen spiegelt sich viel vom Selbstverständnis und vom Milieu Bethels zu dieser Zeit wider. Die Phase der unmittelbaren, durch existenzielle Not geprägten Nachkriegszeit hatte man hinter sich gelassen. Jetzt war eine Orientierungs- und Formierungsphase in der damals rund 7000 Betreuungsplätze zählenden diakonischen Einrichtung angebrochen. Die Planungen einer weiteren Zweiganstalt wurden dafür zu einem wichtigen Motor. Zentral ist dabei auch die Fragestellung: Warum näherte sich Bethel gegen Ende der 1950er Jahre dem Ruhrgebiet, also einer industriell geprägten Region? Bis dahin gehörte es ausdrücklich zum Konzept für Betheler Arbeiterkolonien, sich von städtischen Metropolen weit entfernt zu halten. Homborn war ja nicht der erste Ableger der v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel, der mit einer Arbeiterkolonie startete. 1882 war die Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf in der Senne, nur rund 15 km von der Bielefelder Mutteranstalt entfernt, gegründet worden. Daraus erwuchs später die Zweig- bzw. Teilanstalt Eckardtsheim.⁴ Im Jahr 1899 folgte die Zweiganstalt Freistatt im Kreis Diepholz. Auch hier entstand gleich zu Beginn eine Arbeiterkolonie. Die Zweiganstalt Hermannsheide – zunächst komplett als Arbeiterkolonie betrieben – hatte 1926/27 ihre Arbeit aufgenommen.

In den zeitgenössischen Bethelpublikationen schwingt um die Vorgänge zur Gründung Homborns immer eine gewisse Wehmut mit. Viele Emotionen sind im Spiel, wenn man davon spricht, dass Homborn ja ‚nur‘ ein Ersatz für die ‚verloren‘ gegangene Zweiganstalt

³ Arbeitsbericht der v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel 1969/70.

⁴ Zu Eckardtsheim zählten später noch zwei weitere Arbeiterkolonien: Schillingshof, gegründet 1914, und Mühlgrund, 1929 gegründet und seit 1932 Arbeiterkolonie.

Hermannsheide sei.⁵ Selbst die erste Homborner Einrichtung – die oben erwähnte Arbeiterkolonie – wurde kurz nach ihrer Gründung Heimathof genannt. Der Heimathof war der Hauptwirtschaftsbetrieb der aufgegebenen Zweiganstalt Hermannsheide. Wenn in Bethel so lange der Verlust der Zweiganstalt Hermannsheide beklagt wurde, so hatte das sicherlich auch die Konzeptionen für den Ersatz beeinflusst. Deshalb wird es im ersten Teil zunächst um die vermeintliche Vorgängereinrichtung gehen, während der zweite Teil im Zeichen der Planungen und der Suche nach einem Ersatzgelände steht.

Die Vorgängerin: die Zweiganstalt Hermannsheide – verloren und doch gewonnen

Heute ist es kaum noch bekannt, dass bis 1959 noch eine weitere Zweiganstalt zu den v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel zählte: die Hermannsheide. Sie lag etwa 25 km von der Ortschaft Bethel entfernt, in der Nähe der Zweiganstalt Eckardtsheim. Die Hermannsheide war ein Ziehkind von Friedrich von Bodelschwingh d. J. Er hatte, der Tradition seines Vaters folgend, dort das Betheler Aufgabengebiet der Arbeiterkolonien fortgesetzt. Veranlasst durch die gestiegenen Arbeitslosenzahlen in der Weimarer Republik, entstand in den Jahren 1926/1927 eine Arbeiterkolonie in der Hermannsheide. Die Anstalt Bethel erwarb in etwa 300 bis 400 Einzelankäufen das insgesamt rund 900 ha große Gelände. Bis 1930 waren drei Höfe mit Stallungen und zahlreichen Nebengebäuden ausgebaut, von denen der Heimathof der Hauptwirtschaftsbetrieb war. Die Kolonisten und Wanderer, die hier lebten und arbeiteten, kultivierten mit erheblichem Aufwand das Gelände. Rasch entwickelte sich die Hermannsheide, vor allem der Heimathof mit seinen Ländereien, zu einem bedeutsamen Teil der v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel. Bis 1937 waren dort etwa 430 ha Ödland land- und forstwirtschaftlich nutzbar gemacht.

Doch die Hermannsheide lag am Rand des Truppenübungsplatzes Senne. So musste die Anstalt Bethel im Jahr 1937 zunächst einen Teil der Besitzungen und 1940 dann den Rest an die Reichsumsiedlungsgesellschaft verkaufen. Ziel der Wehrmacht war es, diese Flächen dem Truppenübungsplatz zuzuschlagen. Doch nur gut sechs Wochen nach dem letzten Kaufgeschäft verpachtete die Kommandantur Senne grö-

⁵ So heißt es beispielsweise 1960 im Bote von Bethel „die Heide ging verloren“ Nr. 51; vgl. auch Bote von Bethel Nr. 37, 1957, S. 9-12; Bote von Bethel Nr. 46, 1959, S. 2-5; Bote von Bethel Nr. 48, 1959 S. 2 f.; auch HAB Sammlung B VI 5, 14, 15, 18, 21.

ßere Flächen der Hermannsheide an Bethel zurück. Diese wurden von Bethel weiter bewirtschaftet, und der Heimathof leistete im Zweiten Weltkrieg einen wesentlichen Teil der Lebensmittelversorgung der v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel.⁶

Nach dem Zweiten Weltkrieg schloss die Anstalt Bethel mit Zustimmung der britischen Besatzungsbehörden einen neuen Pachtvertrag über fast das gesamte ursprüngliche Gelände ab. Dieser Pachtvertrag galt bis zum 15. Oktober 1958.⁷ Rund 400 Plätze für „Kolonisten“, für „Fürsorgezöglinge“, für „Schwachsinnige“ und für „Ostjugendliche“ konnten sich bis Mitte der 1950er Jahre auf dem 775 ha großen Areal entwickeln. Kein Wunder, dass die Anstalt Bethel ab 1950 versuchte, sich das gepachtete Land als Eigentum zurückzuholen. Doch weder ein Rückgabe- noch ein angestrebtes Wiedergutmachungsverfahren waren von Erfolg gekrönt. Die einmal unter die beiden Kaufverträge gesetzten Unterschriften galten als rechtskräftig, auch wenn der Vertragspartner die Wehrmacht im nationalsozialistischen Staat war.⁸

Im Jahr 1955 geriet das Gelände in die Wiederbewaffnungspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Nun sollte es endgültig dem Truppenübungsplatz angegliedert werden. Eine Verlängerung des Pachtvertrags nach 1958 oder gar ein Erfolg auf Rückgewinnung waren nun quasi aussichtslos. Im Herbst 1955 stand fest: die Hermannsheide würde längerfristig nicht mehr als Pachtgelände verfügbar sein.

Trotzdem begann ein zähes Ringen um den Erhalt der Hermannsheide. In diesem Ringen war Friedrich von Bodelschwingh III der Hauptakteur. Er war ein Enkel von Friedrich von Bodelschwingh d. Ä. und leitete von 1946 bis 1960 die Anstalt Bethel.⁹ Die Anstalt Bethel ist – auch heute noch – eine der drei Stiftungen, die die v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel bilden. Die Zweiganstalt Hermannsheide unterstand der Anstalt Bethel. Doch es war nicht nur die Funktion von Bodelschwingh als Leiter der Anstalt Bethel, die ihn dazu prädestinierte,

⁶ Einzelheiten zur Hermannsheide vgl. Volker Pieper/Kerstin Stockhecke: Der Einsatz von Kriegsgefangenen in den v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel, in: Matthias Benad/Regina Mentner (Hg.), Zwangsverpflichtet. Der Einsatz von Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeiter/innen in Bethel und Lobetal, Bielefeld 2002, S. 143-171, hier: S. 156 f. Auch Bericht „Entstehung, Aufbau und Bedeutung der Betheler Zweiganstalt Hermannsheide“ [1952], HAB 2/13-41.

⁷ Die tatsächliche Beendigung dieses Pachtvertrags konnte später noch etwas verschoben werden, da sich die Einrichtung des Truppenübungsplatzes noch verzögerte. Am 15. Dezember 1959 war das Gelände endgültig geräumt. Vgl. HAB 2/35-242 und 243.

⁸ Beschluss des Allgemeinen-Organisationsausschusses, 29.01.1952 und Aktenvermerk Jacobi, 05.10.1955, HAB 2/35-241.

⁹ Friedrich von Bodelschwingh III wurde 1960 zum Anstaltsleiter der gesamten v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel berufen, die er bis 1968 leitete.

die Verhandlungen um die Hermannsheide zu führen. Bodelschwingh war einer der führenden Funktionäre und Praktiker in der Nichtsesshaftenfürsorge. So lag ihm das Schicksal der Kolonisten, die auf der Hermannsheide lebten und arbeiten und denen man nun nach seiner Auffassung die Lebensgrundlage nahm, besonders am Herzen.¹⁰

Bethel drohten seit Herbst 1955 über 700 ha Land und 400 Betreuungsplätze abhanden zu kommen. Ersatz war nicht in Sicht und auch keine finanzielle Entschädigung. Da lohnte es schon sich ins Zeug zu legen, und das hatte sich Friedrich von Bodelschwingh zur Aufgabe gemacht. Immerhin schien ihm sein nahezu überengagiertes Agieren bewusst zu sein, denn nachdem sich im Sommer 1956 die erste Aufregung gelegt hatte, beschrieb Bodelschwingh sein eigenes Verhalten als „leidenschaftlicher als manche verstehen konnten“.¹¹

Bodelschwingh war froh, dass Bethel mit seinem Anliegen nun nicht mehr an subalterne Stellen verwiesen war. In dem 1955 frisch gebildeten Bundesverteidigungsministerium sah er einen ebenbürtigen Partner. Entsprechend der militärischen Bedeutung des Sachverhalts und des neuen Gegenübers setzte Bodelschwingh bei seiner Argumentation auf eine militärische Sprache. Er machte sich „zur Verteidigung der Hermannsheide“ bereit, von der ihn auch keine Paragraphen abhalten würden.¹² So schrieb er am 21. Dezember 1955 an Theodor Blank, den damaligen Bundesverteidigungsminister: „Jetzt, da ich als Frontsoldat die Ehre habe, endlich wieder einem Soldaten gegenüberzustehen, richte ich an Sie die feierliche Bitte, und hoffe, daß Sie das verstehen: Geben Sie uns unsere Ehre wieder!“. „Es geht uns nicht“, so heißt es weiter „um eine theoretische Rehabilitation, die haben wir, sondern um die faktische. Faktisch sind wir durch Verweigerung der Landentschädigung entehrt worden, faktisch möchten wir durch Landentschädigung wieder hergestellt werden.“¹³

Bethel setzte darauf, dass der damalige Kaufakt nicht rechtmäßig war, oder wie es der Justiziar Kurt Jacobi etwas weniger emotional als Bodelschwingh ausdrückte: „... ein contra legem durchgeführtes Kaufgeschäft als nicht legal anzusprechen, auch wenn die beiden in Frage kommenden Vertragspartner schließlich einen Kaufvertrag abgeschlossen

¹⁰ Jacobi an Ministerialdirigent Schiffers, 09.08.1956, HAB 2/35-241.

¹¹ Denkschrift v. Bodelschwingh III „Vor welche Möglichkeiten und Aufgaben stellt uns die zu erwartende Entschädigung für die Hermannsheide?“ 26.07.1956, HAB 2/35-241.

¹² v. Bodelschwingh III an Hardt 11.11.1955, HAB 2/35-244.

¹³ v. Bodelschwingh III an Bundesminister für Verteidigung, 21.12.1955, HAB 2/35-241.

sen haben“.¹⁴ Demnach glaubte Friedrich von Bodelschwingh zwei Dinge beweisen zu müssen: Erstens, dass die von Bethel geleisteten Unterschriften unter die Kaufverträge erzwungen waren und zweitens, dass man durch Geld entschädigt worden war, das aber nichts wert war. Als Einrichtung der Inneren Mission hatte Bethel während der Zeit des Nationalsozialismus natürlich keinerlei Möglichkeiten, woanders Land zu erwerben. In der Währungsreform war das Geld dann verfallen.

Die repressive nationalsozialistische Politik gegenüber der Kirche und der Inneren Mission wurde nun als Argumentation für den Erhalt der Hermannsheide eingesetzt.¹⁵ Bethel meinte, es seien ausschließlich politische Gründe gewesen, die 1937 und 1940 zu den Zwangsverkäufen¹⁶ geführt hätten. Die damals von Seiten der Reichsumsiedlungsgesellschaft angeführten militärischen Gründe seien nur vorgeschoben gewesen, weil der größte Teil des Geländes ja niemals militärisch genutzt wurde. Die Argumentation klang zu Beginn der 1950er Jahre folgendermaßen: „Wir glauben, damit objektiv den Beweis erbringen zu können, dass der vom Reichsfiskus erzwungene Verkauf des Geländes nicht von militärischer Notwendigkeit und Motiven diktiert war, sondern dass politische Hintergründe die entscheidende Rolle gespielt haben.“¹⁷ Bethel war der Meinung, „daß hinter diesen Verhandlungen Auftraggeber gestanden hätten, die bewußt die religiös-karitative Arbeit der Anstalt stilllegen wollten.“¹⁸ „Wir bitten, daran erinnern zu dürfen, daß während der Zeit des nationalsozialistischen Regimes die v. Bodelschwingh'schen Anstalten in die kirchenpolitischen Maßnahmen einbezogen wurden, die von Partei und Regierung veranlaßt waren. Zunächst wurde der freiwillige Arbeitsdienst, der von den Anstalten in der Senne aufgezogen worden war, zerschlagen. Sodann verbot man die Arbeit in der v. Bodelschwingh'schen Anstalten getragenen Bauernvolkshochschule ‚Lindenhof‘ in Bethel. Bald darauf mußte die Theologische Schule in Bethel geschlossen werden. ... Im Hintergrund aber lauerte bereits die Gefahr der Euthanasie, d. h. die Vernichtung des sogenannten unwerten Lebens. Wir müssen deshalb diese Maßnahmen als eine Kette von Verfolgungsakten ansehen, die unsere vielseitige Arbeit

¹⁴ Hauptverwaltung Jacobi an Allgemeinen Organisationsausschuss Celle, 16.04.1952, HAB 2/35-241.

¹⁵ v. Bodelschwingh III an Hardt, 11.11.1955, HAB 2/35-244; v. Bodelschwingh III an Bundesminister für Verteidigung, 21.12.1955, HAB 2/35-241.

¹⁶ Zu den Kosten des damaligen Verkaufs vgl. HAB 2/35-241.

¹⁷ Hauptkanzlei Jacobi an Wiedergutmachungsamt Detmold, 17.03.1950, HAB 2/35-241.

¹⁸ Öffentliche Sitzung des Allgemeinen Organisationsausschusses Celle, 29.01.1952, HAB 2/35-241.

zum Erliegen bringen sollte.“¹⁹ Dass die damalige Leitung der Anstalt Bethel den Verkauf der Hermannsheide nicht verweigert hatte, erklärte man sich Anfang der 1950er Jahre damit, dass die Anstalt unweigerlich „die Durchführung eines Enteignungsverfahrens“²⁰ riskiert hätte. Aber, so Bodelschwingh, „die Anstalt Bethel sah damals ihre einzige Aufgabe darin, das Leben der ihr anvertrauten Menschen zu schützen, und diese zentrale Aufgabe nicht durch Provokationen“ zu gefährden.²¹

Doch diese Argumentationskette konnte in Bethel niemand auch nur annähernd beweisen. Zur Untermauerung setzte Bodelschwingh immer wieder auf emotionale Erläuterungen, appellierte an die Ehre, führte bewusst den Namen Bodelschwingh an und verwies auf den internationalen Bekanntheitsgrad der Anstalten. Er könne es sich nicht vorstellen, schrieb Bodelschwingh im Dezember 1955 an den Bundesverteidigungsminister, dass es für die „Ehre der Bundesrepublik angemessen sei, ... ein Gelände, das (man) vom Rechtsvorgänger unter Anwendung eines ungerechten doppelten Rechtes und mit unter Zwangskurs stehendem Geld unter der Androhung der Enteignung erworben hat, so ohne weiteres als das ihre ansehen kann, ... zumal der Entehrte, Betrogene und Überwältigte in leibhaftiger Person vor ihr steht“²² – womit Bodelschwingh niemand anders als sich selbst meinte.

Im Sommer 1956 kam es zu einem entscheidenden Gespräch im Bundesverteidigungsministerium. Dort schienen die Würfel längst gefallen zu sein. Das Gelände war für die Wiederbewaffnungspläne viel zu wichtig. Ohne dass Bethel vorher davon wusste, war der Verteidigungsminister bei diesem Gespräch gar nicht anwesend. Das sorgte bei der Betheler Delegation natürlich für Verärgerung. Friedrich von Bodelschwingh, der Justiziar Kurt Jacobi und der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl Hahn, den man schon einige Monate vorher zur Unterstützung der Betheler Interessen hinzugezogen hatte, mussten mit dem Ministerialdirigenten und dem Ministerialrat vorlieb nehmen. Im persönlichen Gespräch wurde die Bedeutung der Hermannsheide für die v. Bodelschwinghschen Anstalten noch einmal bekräftigt. Der Bundestagsabgeordnete hatte in seiner Funktion die Möglichkeit, das Verfahren mit der Debatte um die Wiederbewaffnung zu verknüpfen, in der die evangelische Kirche ja keineswegs geschlossen hinter der Regie-

¹⁹ Hauptkanzlei Jacobi an Wiedergutmachungsamt Detmold, 17.03.1950, HAB 2/35-241.

²⁰ Hauptverwaltung Jacobi an Allgemeinen Organisationsausschuss Celle, 16.04.1952, HAB 2/35-241.

²¹ v. Bodelschwingh III an Hardt, 11.11.1955, HAB 2/35-244.

²² v. Bodelschwingh III an Bundesverteidigungsminister, 21.12.1955, HAB 2/35-241.

rungspartei gestanden hatte.²³ Laut dem hinterher angefertigten Protokoll soll er in die Besprechung eingebracht haben: „Wenn dieses der erste Preis sei, den die mit den Stimmen der CDU eingeführte Wehrpflicht erfordert, so sei dieses ein Politikum ersten Ranges und werde den Protest der gesamten CDU hervorrufen, und ausserdem natürlich der Opposition stärkste Waffen in die Hand geben.“²⁴ Doch nun kam die alles entscheidende Wende. Das Bundesverteidigungsministerium sicherte eine „unbürokratische und grosszügige Regelung der Frage“ zu. Im Klartext: die Hermannsheide würde es zwar nicht zurückgeben, aber es waren günstige Kredite zu erwarten. Weniger klar und daher etwas unbeholfen war allerdings die Begründung des Ministerialdirigenten und des Ministerialrats. Rechtlich gesehen gab es keinen Grund für dieses Geld. Die Anstalt Bethel habe sich aber als Pächterin auf dem Gelände stets so verhalten, als sei sie noch die Besitzerin. So könne man für die getätigten Investitionen sowie für Umzugskosten und neue Investitionen zinsgünstige Mittel zur Verfügung stellen.²⁵

Plötzlich war der Erhalt der Hermannsheide gar nicht mehr so wichtig. Bodelschwingh erklärte im Dezember 1956 sogar, „dass wir durch die völlige Umzingelung, die jetzt schon durch den Truppenübungsplatz eingetreten ist, auf der Hermannsheide nicht bleiben können, selbst wenn wir unser altes Besitztum als Eigentum zurückbekämen.“²⁶ Zudem wurde in Bethel die vaterländische Gesinnung mobilisiert, offenbar um vor sich selbst und gegenüber anderen Zweiflern den Verlust der Heide rechtfertigen zu können. So schrieb Bodelschwingh: „Wir fügen uns aber diesem schweren Verlust in der Erwägung, dass wir an unserem Teil an der Not unseres Vaterlandes teilzunehmen haben und dass wir nicht dem Ganzen durch letztlich erfolglosen Protest dienen. Wir sind ausserdem bereit, den notwendigen Aufgaben der Wehrmacht als einem Dienst an unserem Staat, soweit es in unserer Verantwortung liegt, Rechnung zu tragen und unnötige Schwierigkeiten zu ersparen.“²⁷

Von nun an setzte man alles daran, seine Strategie zu ändern, denn es ging ums Geld. Voller Selbstbewusstsein sandte Bodelschwingh noch einmal ein deutliches Schreiben an den Bundesverteidigungs-

²³ Vgl. Andreas Permien: Protestantismus und Wiederbewaffnung. Die Kritik in der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Evangelischen Kirche von Westfalen an Adenauers Wiederbewaffnungspolitik – zwei regionale Fallstudien, Köln 1994.

²⁴ Protokoll der Besprechung im Bundesverteidigungsministerium Bonn am 20.07.1956, 2/35-241.

²⁵ Vermerk v. Bodelschwingh III, 02.08.1956, HAB 2/35-241.

²⁶ v. Bodelschwingh III an Dr. jur. Joachim Wolf, 27.12.1956, HAB 2/35-244.

²⁷ „Rahmenvorschlag für eine Ersatzeinrichtung der Zweiganstalt Hermannsheide“ von v. Bodelschwingh III, 11.12.1956, HAB 2/35-241.

nister Blank, das mit den ebenfalls deutlichen Worten endete: „Ich möchte keine parlamentarische Aktion unternehmen, solange begründete Aussicht auf eine Bethel befriedigende Lösung besteht. Eine öffentliche Behandlung dieser Angelegenheit würde bei der Bedeutung der v. Bodelschwingschen Anstalten weit über Deutschland hinaus unangenehme, unsere Aufrüstung schwer belastende Diskussionen auslösen. Um das zu verhindern, bitte ich Sie erneut um Ihre Hilfe.“²⁸ Hier nutzte Bodelschwingh wieder die kontroverse Auseinandersetzung um die Wiederbewaffnung.

Gleichzeitig mobilisierte Bodelschwingh den Regierungspräsidenten in Detmold, der seinerseits von Amts wegen dazu befugt war, verschiedene Regierungsstellen auf Bundes- und Länderebene zu informieren. In seinem Schreiben würdigte er ausgiebig die großen Verdienste Bethels und endete mit den Worten: „Wenn aber aus militärischen Gründen die Aufgabe des Geländes durch die von Bodelschwingschen Anstalten zwingend geboten sein sollte, darf ich bitten, diesen bei Gestellung von Ersatzgelände und der Bemessung einer Abfindung für alle im Heimathof gemachten Investitionen weitgehendst entgegenzukommen.“²⁹

Die Planung: eine weitere Anstalt oder Ausdehnung des Vorhandenen?

Relativ schnell wurde von Seiten der Bundesregierung signalisiert, dass Bethel mit dem Geld zwar daran gebunden sein würde, die Anzahl der verloren gegangenen Pflegeplätze weitgehend zu ersetzen, aber nicht die Hermannsheide eins zu eins wieder an anderer Stelle aufzubauen. Nur kurze Zeit favorisierte das Bundesverteidigungsministerium die Errichtung „eines Spiegelbildes der Hermannsheide“ als ideale Lösung. Das Bundesverteidigungsministerium ging zunächst davon aus, dass diese Idee am ehesten gegenüber dem Bundesfinanzministerium zu vertreten gewesen wäre. Aber ernsthaft wurde die Autonomie Bethels dann doch nicht in Frage gestellt.³⁰ Inwieweit dafür die Größe und die

²⁸ v. Bodelschwingh III an Bundesverteidigungsminister, 10.10.1956, HAB 2/35-241.

²⁹ Regierungspräsident, 03.11.1956, HAB 2/35-244.

³⁰ „Ergebnis und Folgerungen aus der Besprechung über die Hermannsheide, am 27. Juli 1956“ von v. Bodelschwingh III, 28.07.1956, HAB 2/35-241. Vgl. auch Golling an Hardt, 23.11.1956, HAB 2/35-241 und Protokoll einer Besprechung im Bundesverteidigungsministerium am 03.12.1956 von v. Bodelschwingh III, 04.12.1956, HAB 2/35-241. Von der Unmöglichkeit der Durchführung eines solchen Planes vgl. „Rahmenvorschlag für eine Ersatzeinrichtung der Zweiganstalt Hermannsheide“ von v. Bodelschwingh III, 11.12.1956, HAB 2/35-241.

Bedeutung Bethels für die sozialstaatliche Fürsorge ausschlaggebend waren, darüber ließe sich nur spekulieren. Aus den Akten geht in dieser Hinsicht nichts hervor. Ab Herbst 1956 durfte sich die Anstalt Bethel also Gedanken über die Frage machen: Was tun mit einem unverhofften Geldsegen, und wie gründe ich eine Zweiganstalt?

Die zu erwartende Mindestsumme für ein Darlehn berechnete Bethel im November 1956 selbst mit über 7 Millionen DM. Ein knappes halbes Jahr später meldete das Bundesfinanzministerium, dass ein Darlehn von 5,5 Millionen DM mit niedrigen Zinsen und Tilgungsraten „für die erforderlichen Ersatzbauten einschließlich Grunderwerb und Aufschließung“ genehmigt worden war. Ein Zusatzdarlehn bis zu 1,5 Millionen DM sollte bereitgestellt werden, wenn der Ankauf eines neuen Geländes bevorstehe. Unter dem Stichwort Heidekredit ging das Darlehn in die Geschichte Bethels ein.³¹

Zum Vorreiter der Überlegungen und Aktivitäten um die Neugründung einer Anstalt wurde eine einzige Person: Friedrich von Bodelschwingh III. Kein groß angelegtes Projekt, keine langen Grundsatzpapiere – die Fäden hatte allein der Leiter der Anstalt Bethel in der Hand. Wohl gemerkt: seine Rolle bezog sich nicht auf diverse Gesamtplanungen für die v. Bodelschwinghschen Anstalten, die nun auf der Grundlage des Heidekredits begannen. Hier hatten auch andere leitende Mitarbeiter Bethels mitzureden. Ihre Vorschläge liefen hauptsächlich bei dem Leiter der v. Bodelschwinghschen Anstalten Bethel, Pastor Rudolf Hardt, zusammen.³²

³¹ Auszug aus dem Sitzungsbericht der Vorstände, 12.04.1957, HAB 2/35-242; vgl. hier auch Angaben zur Verzinsung und Tilgung. Darlehnsvertrag von Juli 1957, HAB 2/35-243. Im Laufe des Jahres 1958 stellte man fest, dass die 5,5 Milliarden nicht ausreichten. Deshalb beantragten die v. Bodelschwinghschen Anstalten am 15.09.1958 beim Bundesfinanzministerium eine Aufstockung des Bundeskredits um weitere 1,8 Million DM. Als Begründung wurden vor allem „Kostensteigerungen“ genannt. Als Argument führte man an: „Der Herr Bundeskanzler hat anlässlich seines letzten Besuches in unseren Anstalten im Herbst vorigen Jahres deren besondere Notlage und Förderungswürdigkeit anerkannt und weitgehende Hilfe in Aussicht gestellt.“ Schreiben Hauptverwaltung Gerke an Bundesminister der Finanzen, 15.09.1958, HAB 2/35-243. Die Aufstockung wurde jedoch zunächst abgelehnt, Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes an die v. Bodelschwinghschen Anstalten Bethel, 04.03.1959 und Auszug aus dem Sitzungsbericht der Vorstände, 24.04.1959, HAB 2/35-242. Weiteres Drängen und das genaue Aufführen der Kosten führte allerdings zum Erfolg. Mit Erlass vom 07.06.1960 hatte sich der Bundesfinanzminister damit einverstanden erklärt, den Heidekredit um 1.274.000 DM zu den gleichen Bedingungen wie sie dem Darlehnsvertrag über die 5,5 Millionen DM zugrunde lagen, aufzustocken, vgl. Aktenvermerk Gerke, 04.07.1960, HAB 2/35-242.

³² Vgl. HAB unverzeichneter Bestand Hauptverwaltung Ordner „Leitplan und Neuplanung Bethel und Eckardtsheim“. Die Gesamtplanungen zu der damaligen Zeit

Der erste Rahmenplan, den die Vorstände auf Anregung des Bundesverteidigungsministeriums anfertigten, basierte in erster Linie auf den Ideen Friedrich von Bodelschwinghs. Die Fragen waren: Was sind die Aufgaben der Hermannsheide? Was wird man verlieren? Was muss man ersetzen? Vier Funktionen kamen der Hermannsheide demnach zu:

1. Sie war Ausweichgelände und Raumreserve, vor allem für Zeiten des Notstandes.
2. Sie bot rund 400 Betreuungsplätze, davon rund 152 für „Kolonisten“, 45 für „Fürsorgezöglinge“, 123 für „Schwachsinnige“, und auf 70 Plätzen waren so genannte Ostjugendliche untergebracht, das waren wandernde Jugendliche aus der sowjetisch besetzten Zone.
3. Außerdem verfügte die Zweiganstalt über große land- und forstwirtschaftliche Flächen, auf denen ausreichende Arbeitsmöglichkeiten für die Klienten bestanden.
4. Darüber hinaus sicherte die Hermannsheide mit ihrer Landwirtschaft eine preisgünstige Lebensmittelversorgung für die Gesamtanstalt.³³

Kurze Zeit stand der Gedanke im Raum, ob man in der Nähe von Bielefeld die Hermannsheide wiederaufbauen sollte.³⁴ Aber schnell entschied man sich für eine differenzierte Aufteilung der verschiedenen Funktionen. Im Großraum Bielefeld wäre für eine neue Hermannsheide weit und breit kein Gelände gewesen. Bei der differenzierten Aufteilung galt es nun: Erstens mussten die Menschen, die in der Hermannsheide lebten, woanders untergebracht werden; zweitens sollte ein landwirtschaftlicher Betrieb zur besseren Eigenversorgung mit Lebensmitteln in der Nähe von Bethel gefunden werden; drittens musste eine neue Arbeiterkolonie gegründet werden und viertens brauchte Bethel ein Gelände für eine neue selbständige Anstalt, in der sich verschiedene Betheler Arbeitsgebiete weiter ausbauen ließen. Die beiden letzten Punkte meinte man entweder getrennt oder auch zusammen in einer neuen Anstalt verwirklichen zu können.³⁵

sind noch nicht untersucht.

³³ „Rahmenvorschlag für eine Ersatzeinrichtung der Zweiganstalt Hermannsheide“, 11.12.1956, HAB 2/35-241.

³⁴ Notizen von v. Bodelschwingh III im Rahmen einer Besprechung zu den „Planungsüberlegungen“, [11.01.1957], HAB 2/35-244.

³⁵ „Rahmenvorschlag für eine Ersatzeinrichtung der Zweiganstalt Hermannsheide“, 11.12.1956, HAB 2/35-241.

Doch gerade die Frage nach der Gründung einer anstaltsfernen, ganz neuen Einrichtung wurde in Bethel sehr kontrovers besprochen. Wollte man wirklich eine neue Anstalt gründen, schließlich gab es genug Handlungsbedarf im Inneren? Die Verlockung war groß, mit den in Aussicht stehenden finanziellen Mitteln anders zu verfahren. Für die 400 verloren gehenden Betreuungsplätze musste ohnehin relativ rasch eine Alternative gefunden werden. Die betroffenen Menschen konnte man nicht auf eine irgendwann zu gründende neue Anstalt vertrösten. Aber die Unterbringung von 400 Plätzen galt als „das kleinste Problem“, denn durch An- und Umbauten bei bestehenden Anstaltshäusern in der Ortschaft Bethel, vor allem aber in der Zweiganstalten Eckardtsheim, im Schillingshof³⁶ und in der Zweiganstalt Freistatt, konnte man gestreut die Anzahl der Plätze wieder anbieten.³⁷

„Zweifellos“, so konstatierte Bodelschwingh „wäre es nicht so schwierig, unsere Gelände in Eckardtsheim und Schillingshof um 100-150 Morgen zu erweitern und uns zu arrondieren, indem wir den infrage kommenden Nachbarn Ersatzhöfe beschafften oder einen hohen Preis bezahlten. Wir könnten dann die Heidearbeit dort unterbringen und gewinnen ausserdem anstaltsnahes Siedlungsgelände. Das wäre sehr verlockend, weil wahrscheinlich ohne allzugrosse Mühe erreichbar.“³⁸ Mit solchen Überlegungen geriet der Plan zur Gründung einer ganz neuen Anstalt etwas aus dem Blickwinkel. Siedlungsflächen im Schillingshof und in Eckardtsheim anzukaufen und dort Pflegehäuser zu errichten, wurde als Alternative ernsthaft diskutiert.³⁹

In diesem Zusammenhang sind auch die so genannten Auflockerungsmaßnahmen zu sehen. Unter dem Schlagwort „Auflockerung“⁴⁰, das damals die Runde machte, wollte Bethel die Übergröße und die Überbelegung der Pflegehäuser reduzieren. Innerhalb Bethels war es im Laufe der Jahre zu einer immer engeren Bebauung gekom-

³⁶ Der Schillingshof war eine der Betheler Arbeiterkolonien, ab Beginn der 1960er Jahre entstand hier eine große Mitarbeitersiedlung.

³⁷ Vorlage von v. Bodelschwingh III auf der Grundlage von verschiedenen Vorbesprechungen für die Arbeitsausschusssitzung vom 09.04.1957 und die Vorstandssitzung vom 12.04.1957; Grundstücksverwaltung Golling an Oberfinanzdirektion Münster 12.02.1958, HAB 2/35-243.

³⁸ Denkschrift v. Bodelschwingh III „Vor welche Möglichkeiten und Aufgaben stellt uns die zu erwartende Entschädigung für die Hermannsheide?“ 26.07.1956, HAB 2/35-241.

³⁹ vgl. u. a. Vermerk Jacobi 31.01.1957, HAB 2/35-243; kritische Überlegungen zum Ausbau des Geländes um den Schillingshof von Ernst v. Bodelschwingh an Hardt, 23.05.1957, HAB unverzeichneter Bestand Hauptverwaltung Ordner I.

⁴⁰ Besprechungspunkte für Auflockerungspläne unserer Anstalten zur Sitzung am 10. Januar 1957, HAB 2/35-244. Diese Besprechung erfolgte im Arbeitszimmer von Friedrich v. Bodelschwingh III.

men, die Bodelschwingh „bauliche Verstopfung unserer Hauptanstalt“⁴¹ nannte. Diese enge Bebauung war nun nicht mehr zeitgemäß. Anstelle von großen Schläfsälen waren Ein- bis Dreibettzimmer gefragt; für neue therapeutische Maßnahmen benötigte man zusätzlich spezielle Räume. Solche Auflockerungsmaßnahmen konnten nun tatsächlich Wirklichkeit werden. Wesentlich trug die Errichtung der so genannten Frauenprovinz in Eckardtsheim zur Auflockerung bei. Drei Frauenpflegehäuser konnten in Bethel abgerissen oder einer neuen Nutzung zugeführt und in Eckardtsheim neu aufgebaut werden.⁴² Auch andere Neubauten, Anbauten und Modernisierungen wie die Moorpension (Freistatt), die Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf (Eckardtsheim) oder die Erziehungshäuser Eichhof (Eckardtsheim), konnten vom Heidekredit profitieren.⁴³

Bodelschwingh plädierte zäh für eine neue Anstalt an einem anderen Ort. Ein Argument war für ihn die Übergröße Bethels. „Das Optimum der Grösse ist eindeutig überschritten“, kritisierte er. Hierin sah er vor allem eine Gefahr für den religiös-geistlichen Auftrag Bethels. Es ging ihm um „die Frage der geistlichen und rein menschlichen Gesundheit unserer Anstalt“. Er sah, dass Bethel „immer mehr zu einer blossen Funktion des Wohlfahrtsstaates zur Erfüllung seiner fürsorgerischen und medizinischen Zwecke wird, und dass die geistlichen Kräfte Bethels immer mehr von diesen materiellen Aufgaben verzehrt werde und an Strahlungskraft verlieren“. Zeigt sich hier das „diakonische Leitbild“ der späten fünfziger Jahre? Sich in Eckardtsheim und im Schillingshof auszudehnen, also dort eine ganz selbständige Anstalt, auch verwaltungsmäßig getrennt von Bethel zu errichten, darin empfand Bodelschwingh keine Chance für die Zukunft. „Vielmehr würde“, so Bodelschwingh „wenn man hierhin wesentliche Anstaltsgebiete von Bethel verlagerte, ... Eckardtsheim ebenfalls über sein jetziges gesundes Mass

⁴¹ Rahmenvorschlag für eine Ersatzeinrichtung der Zweiganstalt Hermannsheide“ von v. Bodelschwingh III, 11.12.1956, HAB 2/35-241.

⁴² Vgl. Beate Elisabeth Böhm: „...weit genug ab, um ein gewisses Eigenleben zu ermöglichen ...“. Die Provinz der Frauen in der Männeranstalt, Veröffentlichungsmanuscript, hier vor allem S. 3.

⁴³ Genaue Aufstellungen, was aus dem Heidekredit finanziert wurde, vgl. HAB 2/34-78 und 79. Genannt werden hier die Pflegehäuser Kana, Mahanaim, Ararat, Eichhof (Erziehungshäuser), Moorpension, Sigmarshof, Wilhelmsdorf sowie die Schwesternwohnheime bei Kana, Mahanaim und Klein-Bethel, es wurden Wohnungen im Eichhof und Sigmarshof und die Wohnhäuser Erziehungswohnhaus Eichhof und Arzthaus zur sog. Frauenprovinz finanziert, außerdem Wirtschaftsgebäude und Gemeinschaftshaus in der sog. Frauenprovinz, die Kirche am Schillingshof, der Ankauf und Ausbau von Gevelsberg und verschiedene Straßen- und Versorgungsanlagen. Zusätzlich zog der Heidekredit ein ganzes Bündel an weiteren Baumaßnahmen nach sich.

vergrößert. Es würde auch seine optimale Grösse überschreiten und Bethel bliebe dennoch nicht entscheidend entlastet.“ Räumlich gesehen geriet auch Eckardtsheim damals an seine Grenzen und war durch die Besiedlung des Großraums Bielefeld schon in der „Umklammerung“, wie Bodelschwingh es nannte.⁴⁴ Lange Zeit war im Zuge der Gesamtplanungen für die v. Bodelschwinghschen Anstalten der Ausbau Eckardtsheims die favorisierte Lösung. Dieses Vorhaben geriet vor allem deshalb verstärkt in den Blick, weil sich der Ankauf von neuem Anstaltsgeländes bis Ende des Jahres 1957 immer wieder zerschlug. Dazu hieß es von Seiten der Betheler Hauptverwaltung: „... weil wir versuchen wollen, durch Umgestaltung der zu Eckardtsheim zählenden Besitzungen zu einer uns entlastenden neuen Tochteranstalt zu kommen. Hierbei handelt es sich entweder um die Umwandlung Gesamt-Eckardtsheims einschließlich Schillingshof und Mühlgrund zu einer Anstalt ähnlich wie Hoffnungstal oder um die Herauslösung des Mühlgrundes (Ankauf Kammertöns!) zu einer Zweiganstalt.“⁴⁵

Für Bodelschwingh stand fest, dass Bethel sich, wie schon immer in der Entwicklung, den Gegenwartsaufgaben zu stellen hatte. Für ihn war der Zeitpunkt gekommen, den Weg für weiteres Wachstum und zukünftige Expansion freizumachen. Expandieren, sich den Aufgabenfeldern der Gegenwart stellen, neue Handlungsfelder für die Zukunft zu erspüren, das war es, was den älteren Bodelschwingh immer getragen hatte und was Bethels Entwicklung entscheidend prägte. Hier sah sich nun auch der dritte Bodelschwingh als der „rechte Verwalter des überkommenen Erbes“.⁴⁶ Wenn Bethel aus dem Wachstumsprozess aussteige, so befürchtete er Folgendes: „Wir verlieren dann das Interesse der Öffentlichkeit, denn jemand, von dem feststeht, dass er neue Aufgaben nicht mehr übernehmen, sondern nur noch innerhalb des Bestehenden rangieren kann, wird uninteressant.“⁴⁷ Diese ehrgeizigen Planungen ließen sich für Bodelschwingh nur mit einer neuen Anstalt realisieren.

Ein für eine diakonische Einrichtung ebenfalls tragendes Argument war der missionarische Auftrag. Eine neue Anstalt, so Bodelschwingh,

⁴⁴ Denkschrift v. Bodelschwingh III „Vor welche Möglichkeiten und Aufgaben stellt uns die zu erwartende Entschädigung für die Hermannsheide?“ 26.07.1956, HAB 2/35-241. Im Jahr 1956 hatte Bethel im Jahresdurchschnitt 7303 Patienten betreut, vgl. Arbeitsbericht der v. Bodelschwinghschen Anstalten 1956.

⁴⁵ Aktennotiz Golling 05.02.1958, HAB 2/35-247.

⁴⁶ Denkschrift v. Bodelschwingh III „Vor welche Möglichkeiten und Aufgaben stellt uns die zu erwartende Entschädigung für die Hermannsheide?“ 26.07.1956, HAB 2/35-241.

⁴⁷ Notizen von v. Bodelschwingh III im Rahmen einer Besprechung zu den „Planungsüberlegungen“, [11.01.1957], HAB 2/35-244.

„könnte allerdings auch neue Fronten und neue Missionsaufgaben erschliessen.“

Bodelschwingh plädierte ganz vehement für eine – wie er es nannte – „Art Zellteilung“ nach dem Muster der „katholischen Orden“. Anders, so seine Meinung, kämen die v. Bodelschwinghschen Anstalten nicht aus ihrer „lebensbedrohlichen Not“ heraus.⁴⁸

Die Gesamtplanungen sahen nach all den Überlegungen folgendermaßen aus: Der Heidekredit gab die Möglichkeit, Anstaltshäuser zu erweitern, zu modernisieren und neu aufzubauen. So konnten die 400 Plätze in der Hermannsheide fast alle ersetzt werden, wenn auch in anderen Hilfebereichen, was der Darlehensvertrag ja zuließ. Es kam also zu den ersehnten „Auflockerungen“. Dann sollte ein landwirtschaftliches Ersatzgelände als neue Ernährungsbasis her. In diesem Zusammenhang fiel in Bethel der Begriff „Ernährungsgut“. Und als drittes stand der Ankauf eines neuen Geländes auf dem Plan. Dort sollte – nach altbewährtem Muster – zunächst mit einer Arbeiterkolonie begonnen werden. Dann könnte die Einrichtung mit den verschiedenen Betheler Arbeitsbereichen ausgebaut werden.⁴⁹ Diese Anstalt müsse, so Bodelschwingh im November des Jahres 1956, „als Experiment notwendigerweise ganz klein beginnen“ und „durch Liebesgaben getragen im Laufe von Jahren ausgestattet werden“⁵⁰ – in etwa das, was wenige Jahre später mit der Gründung von Homborn verwirklicht wurde.

Die Idee: eine Arbeiterkolonie Ende der 1950er Jahre – Tradition oder Neuanfang?

Mit einer Arbeiterkolonie also sollte eine neue Anstalt an den Start gehen. Und mit welchen inhaltlichen Überlegungen zog Bethel in diese Planungen für eine Arbeiterkolonie der ausgehenden fünfziger und beginnenden sechziger Jahre? Die Gründungen der vorangegangenen Arbeiterkolonien lagen immerhin weit zurück: 1882 Wilhelmsdorf, 1899 Freistatt, 1914 der Schillingshof, 1926 die Hermannsheide, 1929

⁴⁸ Denkschrift v. Bodelschwingh III „Vor welche Möglichkeiten und Aufgaben stellt uns die zu erwartende Entschädigung für die Hermannsheide?“ 26.07.1956, HAB 2/35-241.

⁴⁹ In der ersten Planung war hier noch an zwei verschiedene Einrichtungen gedacht: eine Arbeiterkolonie und eine neue Anstalt. Was den Ausschlag gegeben hat, beides zusammenzuziehen, lässt sich nicht mehr nachvollziehen. Zumindest entspricht es den Gründungen der vorherigen Zweig- bzw. Teilanstalten.

⁵⁰ v. Bodelschwingh III an Regierungspräsident Galle, 16.11.1956, HAB 2/35-244.

Mühlgrund. In dieser Tradition standen nun die Überlegungen zur Gründung einer weiteren Arbeiterkolonie Ende der 1950er Jahre. Siegen die alten Prinzipien oder eine konzeptionelle Neuorientierung?

Friedrich von Bodelschwingh konnte als führender Verbandsfunktionär und als Praktiker – beides in einer Person – die Nichtsesshaftenfürsorge entscheidend mit beeinflussen. Bislang gibt es keine Biografie zu Friedrich von Bodelschwingh III. Bis auf die üblichen Rahmendaten ist über ihn als Person, als leitender Mitarbeiter in Bethel und später als Leiter der Anstalt Bethel kaum etwas bekannt. Das gilt auch für seine Rolle innerhalb des Arbeitsgebietes der Nichtsesshaftenfürsorge. Er war von 1946 bis 1972 Vorsitzender des Westfälischen Herbergsverbandes, von 1950 bis 1971 Vorsitzender des Deutschen Herbergsvereins und von 1967 bis 1976 Vorsitzender des Zentral-Vorstandes deutscher Arbeiterkolonien.⁵¹

Ein Blick auf die Nichtsesshaftenfürsorge in der jungen Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass sie – personell wie auch inhaltlich – im Wesentlichen nach dem altbewährten Muster von vor 1933 wieder aufgebaut wurde. Dieses Muster wurde bis Anfang der 1970er Jahre mit kleinen Nuancen weitergestrickt. Erst im Laufe der 1970er Jahre erfolgte hier ein grundlegender Paradigmenwechsel. Zwar hatte sich seit Beginn der 1950er Jahre der Begriff Nichtsesshafte durchgesetzt, aber an dem traditionellen Fürsorgeprinzip blieb man haften. Das altbewährte Muster war: Arbeit als Therapie, in Anstalts- bzw. Koloniezusammenhängen, unter patriarchaler Leitung. Was schon die Auffassung des älteren Bodelschwinghs um die Jahrhundertwende war, blieb auch in den 1950er Jahren und darüber hinaus bestehen: Wohnungslosigkeit wurde als Ausdruck individuell-sittlicher Verfehlungen gesehen, die aus eigener Schuld heraus und nicht als Folge strukturell wirtschaftlicher und sozialer Faktoren verursacht war. Diese Meinung galt erst recht in Zeiten, wie Mitte der 1950er Jahre, in denen der Arbeitsmarkt sehr gut florierte. Das Bild vom Nichtsesshaften als eine gestörte Persönlichkeit setzte sich fest, mit diskriminierenden Zuschreibungen. Da im Umfeld der Nichtsesshaftenfürsorge Arbeit weiterhin als Therapie verstanden wurde, war in den Arbeiterkolonien weder eine dem Arbeitsmarkt vergleichbare Entlohnung der Klienten noch eine Integration in das Sozialversicherungssystem vorgesehen. Auch die Frage nach einer beruflich

⁵¹ Vgl. Hannes Kiebel: „Die, so im Elend sind, führe in Dein Haus!“ Hinweise zur historischen Entwicklung des Westfälischen Herbergsverbandes, in: 100 Jahre Westfälischer Herbergsverband, Münster 1985, S. 45–73, hier: S. 72; ders. (Hg.): Ein Jahrhundert Arbeiterkolonien. „Arbeit statt Almosen“. 100 Jahre für obdachlose Wanderarme 1884–1984, o. O. 1984, S. 8.

qualifizierenden Tätigkeit oder gar einer Ausbildung stand (noch) nicht an.⁵²

Doch eines zeichnete sich Ende der 1950er langsam ab: es gab gewandelte Rahmenbedingungen; diese verlangten – wenn schon keine Ablösung – so doch ein Hinterfragen der alten Traditionen. Das Beispiel der nun von Bethel aus neu zu gründenden Arbeiterkolonie und die Haltung Friedrich von Bodelschwings können einen ersten Einblick in diese Phase zwischen Tradition und vorsichtiger Neuorientierung geben. Nach einem Theoriemodell des Historikers Frank-Michael Kuhlemann können die 1950er Jahre auch als eine Zeit charakterisiert werden, die von einer Art „Übergangsmentalität“ oder einem „Strukturmuster der Übergangszeit“ gekennzeichnet sind. Die „Ablösungsprozesse von alten Traditionen“, die „gesellschaftlichen Aufbrüche“ und „kulturellen Neuanfänge“ verliefen parallel zur „mentalinen Orientierung“ an langlebigen Kontinuitäten.⁵³ Eine wirkliche Transformations- und Umbruchphase brachten dann erst die späten sechziger Jahre.⁵⁴

Bei den Bodelschwingschen Überlegungen für eine neue Arbeiterkolonie lässt sich diese Orientierung an den Traditionsbezügen bei gleichzeitigen Modifikationen des alten Musters gut nachvollziehen. Friedrich von Bodelschwing war durchaus bewusst, dass sich Ende der 1950er Jahre die Nichtsesshaftenfürsorge unter gewandelten Umständen vollzog. Durch die wirtschaftliche Entwicklung und strukturelle Veränderungen kamen überwiegend Hilfesuchende mit industriellen Erfahrungen und weniger mit landwirtschaftlicher Prägung. Darauf musste auch Bethel reagieren, weil der Markt und die veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen mehr oder weniger dazu zwangen. Im Herbst 1956, also gleich zu Beginn der konzeptionellen Überlegungen, war klar, dass die neue Arbeiterkolonie in „industriennahe(r) Lage“⁵⁵ oder „in der Nähe des Ruhrgebiets“⁵⁶ gelegen sein

⁵² Vgl. Eberhard von Treuberg: Mythos Nichtsesshaftigkeit. Zur Geschichte des wissenschaftlichen, staatlichen und privatwohltätigen Umgangs mit einem diskriminierenden Phänomen, Bielefeld 1989, S. 125-177. Vgl. auch Andreas Wolf: Heimathof Homborn – Wege und Umwege. Von der Veränderung einer Institution, Breckerfeld 1989, S. 24.

⁵³ Vgl. Frank-Michael Kuhlemann: Nachkriegsprotestantismus in Westdeutschland. Religionssoziologische und mentalitätsgeschichtliche Perspektiven, in: Bernd Hey (Hg.), Kirche, Staat und Gesellschaft nach 1945. Konfessionelle Prägungen und sozialer Wandel, Bielefeld 2001, S. 23-59.

⁵⁴ Vgl. Matthias Frese/Julia Paulus: Geschwindigkeiten und Faktoren des Wandels – die 1960er Jahre in der Bundesrepublik, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 1-23.

⁵⁵ v. Bodelschwing III an Schuth, 31.10.1956, HAB 2/35-244.

müsse. Bodelschwingh sprach sogar von „einem ganz neuartigen Versuch“.⁵⁷ Die Landwirtschaft sollte nur noch als zusätzliche Lebensmittelversorgung angesehen werden, quasi „zur Verbilligung der Küche“.⁵⁸ Bodelschwingh war – zumindest theoretisch klar –, dass man mit einer komplett landwirtschaftlich ausgerichteten Arbeiterkolonie nicht mehr den Nerv der Zeit treffen konnte: „Mir schwebt vor, diese Arbeit in ungefährer Ähnlichkeit zu der amerikanischen Good-Will-Industrie schrittweise zu entwickeln, um die arbeitslosen Wanderer also nicht wie bisher zwangsweise in die Landwirtschaft zu stecken, die ihnen nicht mehr wie zu meines Grossvaters Zeiten von Hause aus vertraut ist, sondern sie durch einen sorgfältigen Eingewöhnungsbetrieb in geeignete Industriearbeit hineinzubringen.“⁵⁹ Außerdem mahnte ganz energisch Bodelschwinghs Bruder Ernst von Bodelschwingh, seines Zeichens Diplomlandwirt: „der Ehrgeiz, eine möglichst breite eigene Ernährungsgrundlage für alle Pflinglinge zu haben, ist heute nicht so sehr mehr am Platz, weil eine rationelle Landwirtschaft heute nur noch mit Fachkräften und Maschinen darzustellen ist.“⁶⁰

Für Bodelschwingh, mit seinem traditionellen Muster einer Arbeiterkolonie im Hintergrund, mussten die geplanten Veränderungen wie ein völlig neuer, moderner Aufbruch wirken: „Wir beabsichtigen hier neue Wege zu gehen und die landwirtschaftliche Arbeit entsprechend des allgemeinen Strukturwandels auf industrielle Hilfsarbeiten umzustellen und die Kolonie in das Industriegebiet zu verlegen mit Standort inmitten der Kleinindustrie“.⁶¹ „Die Hauptsache ist“, so hieß es „industrienaher Lage, um Beziehungen zu der Industrie und zu den städtischen Ämtern ohne allzugroßen Zeitverlust pflegen zu können“.⁶² Er räumte auch selbstkritisch ein: „Wir haben in Bethel diesen Strukturwechsel allzu lange übersehen ...“⁶³

Unter industrienaher Lage verstand Bodelschwingh den Bereich, in dem sich die Kleinindustrie tummelte. Bei der Suche nach neuem Gelände war immer die Rede von Orten wie Gevelsberg, Volmarstein, Barmen, Hasslinghausen. Die größeren Städte betrachtete man als „Zusendestationen“; in diesem Zusammenhang wurden dann Orte wie Dortmund, Bochum, Wuppertal oder auch Hamm genannt.⁶⁴ Hier zeigt

⁵⁶ Planung Ersatzbeschaffung, Grundstücksverwaltung, 23.11.1956, HAB 2/35-244.

⁵⁷ v. Bodelschwingh III an Hahn, 12.11.1956, HAB 2/35-244.

⁵⁸ v. Bodelschwingh III an Schuth, 31.10.1956, HAB 2/35-244.

⁵⁹ v. Bodelschwingh III an Generaldirektor Vormbrock, 17.11.1956, HAB 2/35-244.

⁶⁰ Ernst v. Bodelschwingh an Hardt, 04.08.1957, HAB 2/35-245.

⁶¹ v. Bodelschwingh III an Regierungspräsident Galle, 16.11.1956, HAB 2/35-244.

⁶² v. Bodelschwingh III an Schuth, 31.10.1956, HAB 2/35-244.

⁶³ v. Bodelschwingh III an Wolf, 12.11.1956, HAB 2/35-244.

⁶⁴ Aktennotiz Diakon Frank, 14.02.1957, HAB unverzeichneter Bestand Hauptver-

sich wieder die Traditionslinie. Der ältere Bodelschwingh hatte überhaupt nichts von einer stadtnahen „Obdachlosenfürsorge“ gehalten und hatte folglich solche Konzepte, wie sie durchaus am Ende des 19. Jahrhunderts bestanden, entschieden bekämpft. Ganz weit weg von den Gefahren der Großstadt war die Devise. Arbeiterkolonien wurden auf dem platten Land gegründet.

Immerhin war mit einer industriell orientierten Arbeiterkolonie diese Traditionslinie in gewisser Weise aufgeweicht. Noch wurde in allen Arbeiterkolonien in diese Richtung, wenn überhaupt, dann nur sehr zaghaft nachgedacht. Auch wenn Bodelschwingh das selber gern so gesehen hat, von einem Neuanfang kann man in diesem Zusammenhang sicherlich noch nicht sprechen. Eher war Bethel von der Macht des Faktischen gezwungen: Man musste sich auf die Veränderungen des Marktes einstellen und sich zumindest den Grosstädten und damit den sozialen Brennpunkten nähern. In diesem Zusammenhang blieb aber trotzdem eine ruhige, zurückgezogene, ja möglichst isolierte Lage wichtig. Bodelschwingh III sprach vom „ganz unersetzliche(n) Wert einer isolierten Lage“, „der für eine Resozialisierungsarbeit eine unerlässliche Vorbedingung ist.“⁶⁵

Von der Tradition geprägt blieb auch weiterhin das Festhalten Bodelschwinghs an der Landwirtschaft. Angesicht der noch nachwirkenden Kriegserfahrungen wird er die Landwirtschaft sicherlich als die Bastion in Zeiten der Not betrachtet haben. Außerdem bezeichnete er sie als „Arbeitsreserve im Hintergrund“, „denn“, so Bodelschwinghs Erklärung, „in Krisenzeiten wird ein solcher von uns geplanter Zwischenmeisterbetrieb am schnellsten mit erliegen.“

Zudem waren bei Bodelschwingh die neuen Ideen alles andere als fest verankert. Immer war die Gefahr gegeben, dass die Konzeption für eine neue Anstalt wieder in Richtung der traditionell ländlichen Arbeiterkolonie kippte. Bei den Umsetzungsüberlegungen für die neue Anstalt findet sich tatsächlich immer wieder ein Festhalten an den alten Mustern. Und nicht zuletzt sind in der Verwirklichung Homborns selbst dafür Elemente zu finden, denn die Arbeiterkolonie basierte in ihren Anfangsjahren ausschließlich auf der Beschäftigung der Klienten in der Landwirtschaft, also das, was man ja eigentlich mittlerweile kritisch sah.⁶⁶

waltung Ordner II.

⁶⁵ Notizen von v. Bodelschwingh III im Rahmen einer Besprechung zu den „Planungsüberlegungen“, [11.01.1957], HAB 2/35-244.

⁶⁶ Eine Betrachtung des Zusammenhangs zwischen den Planungen für Homborn und die fast zeitgleiche Errichtung einer Arbeiterkolonie in der Drevermann-Stiftung in Gevelsberg steht noch aus. Seit Ende 1956 liefen in Bethel Überlegungen, hier eine

Eine Ablösung vom traditionellen Fürsorgekonzept lässt sich bei Bodelschwings Überlegungen nicht feststellen. Vielmehr ist es das für die 1950er Jahre charakteristische Wechselspiel zwischen Traditionsbezug und zarten Übergängen zu einer Umorientierung. Viel mehr hätte man eigentlich auch nicht erwarten können. Dazu war einerseits die Prägung dieses Mannes viel zu stark, andererseits boten auch die allgemeinen zeitgenössischen Überlegungen innerhalb der Nichtsesshaftenfürsorge keine überzeugenden Alternativkonzepte.⁶⁷

Die Suche: ein neues Anstaltgelände – schwer zu finden

Schon gleich nachdem das Bundesverteidigungsministerium anzeigte, dass ein Darlehn in Aussicht stand, machte sich Bethel auf die Suche nach Ersatzgelände für die Hermannsheide. Mehrere professionelle Grundstücksmakler versorgten die v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel regelmäßig mit Angeboten von Gütern, Rittergütern und großen Ländereien. Immer wieder meldeten sich auch Privatpersonen, die Bethel ebenfalls Gelände vorschlugen. Rund 100 Angebote sind in den Akten zu verzeichnen, die meisten in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Die Regionen, die in Bethel in die engere Wahl gezogen wurden, beschränkten sich auf den lippischen Raum, die Gegend um Hannover, das Rheinland und das Tecklenburger Land.⁶⁸

Schon Ende des Jahres 1956 glaubte man zumindest ein Teilziel erreicht zu haben. Das Gut Röntorf bei Lemgo, rund 35 km von Bethel entfernt, schien für das so genannte Ernährungsgut in Frage zu kommen. Doch dieses Gut war nur zu pachten. Längere Zeit versuchte Bethel sich mit dem Gedanken anzufreunden, tatsächlich nur zu pachten anstatt zu kaufen. Aber letztlich entschloss man sich dagegen – nicht zuletzt aufgrund des nicht recht abzuschätzenden Investitionsbedarfs.⁶⁹

Fast zeitgleich zu Gut Röntdorf sympathisierte Friedrich von Bodelschwing sehr ernsthaft mit einem Gut Sonnenborstel in der Nähe von Nienburg, 110 km von Bethel und 55 km von der Zweiganstalt

„Industrie-Kolonie“ zu errichten. Der Ankauf des Gebäudes und des Geländes sowie die Aus- und Umbaumaßnahmen wurden ebenfalls aus dem Heidekredit finanziert.

⁶⁷ Vgl. Eberhard von Treuberg (wie Anm. 52), S. 125-177.

⁶⁸ HAB 2/35-246 bis 248.

⁶⁹ Aktennotiz von Frank über die Besichtigung des Gutes, 28.02.1957, HAB 2/35-244.

Freistatt im Kreis Diepholz entfernt. Es wäre ein Pendant zur Zweiganstalt Freistatt gewesen, bot also neben den landwirtschaftlichen Flächen extensive Möglichkeiten zum Torfabbau. In die Prüfung des Areals steckte die Anstalt Bethel von Sommer bis Herbst 1957 viel Zeit und Geld. Hier zeigt sich, wie schnell sich Bethel von seiner eigentlichen konzeptionellen Idee zur Gründung einer Arbeiterkolonie in Industrienähe wieder abbringen ließ, und wie sehr das traditionelle Bild einer ländlichen Zweiganstalt wieder Oberhand gewann. Aber letztendlich besann man sich aus genau diesen Gründen noch einmal und verzichtete auf den Ankauf.⁷⁰

Inzwischen hatte eine zermürbende Suche nach Ländereien begonnen. Kein Wunder, dass man es in Bethel zwischenzeitlich bequemer fand, durch Landankäufe Eckardtsheim und den Schillingshof zu erweitern und auf eine entfernt gelegene Zweiganstalt zu verzichten. Doch Friedrich von Bodelschwingh sorgte beharrlich dafür, dass der Gedanke an eine neue Anstalt wach blieb.

Ende des Jahres 1957 schien Friedrich von Bodelschwingh wieder ganz nah am Ziel zu sein. Fast hätte der neue Bethelpross nicht Homborn heißen, sondern Jakobsberg, und er hätte nicht in Breckerfeld gelegen, sondern 4 km von Boppard entfernt. Für den Kauf des riesigen Geländes war bereits der notarielle Kaufvertrag ausgefertigt, eigentlich fehlte nur noch die Unterschrift Bethels. Bodelschwingh malte sich schon das Anwachsen dieser Einrichtung auf 1000 Plätze vor seinem geistigen Auge aus. Er war begeistert von der „Verlagerungsmöglichkeit und Ausweichstelle für Bethel“. In der weiten Entfernung zu Bethel sah er mehr eine Chance als ein Hindernis: „Ein ganz neues, weithin selbständig arbeitendes Gebilde, das nur in der Spitze und im geistig-menschlichen Bereich, nicht aber im Verwaltungsmässigen des Alltags mit Bethel zusammenhängt, könnte ganz neue Formen einer Anstaltsgemeinde entwickeln und damit fruchtbar zurückwirken auf Bethel und seine älteren Zweiganstalten. Vielleicht, dass in einer solchen neuen Anstalt sich Formen herausbilden, die später auch in Bethel und den anderen Anstaltszweigen übernommen werden könnten. Solche Möglichkeiten wären bei einer in Bethels Nähe gelegenen Anstalt nicht so sehr wahrscheinlich, wenn alles im unmittelbaren Zusammenhang mit der bisherigen Anstaltspraxis stände. Die Möglichkeit, an drittem Ort einmal ganz neu, ohne die zwingende Tradition von Bethel, beginnen zu können ... sollte auf keinen Fall zu gering angeschlagen werden.“⁷¹ So weit die Vision Bodelschwinghs für eine neue Zweiganstalt.

⁷⁰ Zu Sonnenborstel vgl. HAB 2/35-245.

⁷¹ „Bericht über das Gut Jakobsberg und Empfehlungen zu seinem Ankauf“ von v.

Diese Begeisterung war wohl eher von der Verzweiflung genährt, man würde am Ende gar kein neues Gelände mehr finden. Denn objektive Gründe sprachen eigentlich kaum für dieses Gut. In der Nähe eines industriell geprägten Gebietes lag Boppard nun nicht gerade. Auch von zentraler Erreichbarkeit durch eine Großstadtklientel konnte keineswegs die Rede sein, zumal das Gut Jakobsberg nur durch einen in den Berg gehauenen Weg zu erreichen war. Deshalb kam selbst eine zusätzlichen Funktion als Ernährungsgut nicht in Frage.

Bodelschwingh plante eine enge Angliederung dieser neuen Einrichtung an die Innere Mission im Rheinland, und er bot der rund 80 km entfernt liegenden Diakonie-Anstalt in Bad Kreuznach eine Art Gemeinschaftsprojekt an. Dort fürchtete man sich allerdings eher vor den Aktivitäten einer solch großen Anstalt wie Bethel. Pastor Otto Ohl, der Geschäftsführende Direktor des Landesverbandes Innere Mission Rheinland, wurde schnell auf den Plan gerufen. Als auch er nicht imstande war, Bodelschwingh das Vorhaben auszureden, wandte sich Ohl kurzerhand an den Leiter der v. Bodelschwinghschen Anstalten Bethel, Pastor Rudolf Hardt.⁷² Der sprach nun ein Machtwort, um die Sache aus der Welt zu schaffen. Er nahm die „unheimliche Konkurrenz“,⁷³ vor der man sich im Rheinland-Pfalz fürchtete, ernst und unterband die Ankaufspläne.⁷⁴

So stand Bethel im Februar 1958 schon wieder vor dem Nichts und rund 30 Besichtigungen hatte man schon hinter sich.⁷⁵

Doch dann kam endlich Homborn – und es war wohl Liebe auf den ersten Blick.⁷⁶ Einen Tag nach Ostern 1958 hatte Bodelschwingh das Gut und das Gelände besichtigt. Kurz danach fasste er seine Eindrücke schriftlich zusammen. Weniger schwärmerisch als beim Gut Jakobs-

Bodelschwingh III, 18.12.1957, HAB unverzeichneter Bestand Hauptverwaltung Ordner II.

⁷² Ohl an Hardt, 09.02.1958, HAB unverzeichneter Bestand Hauptverwaltung Ordner II.

⁷³ Aktennotiz Golling, 05.02.1958, HAB 2/35-247.

⁷⁴ Auszug aus dem Sitzungsbericht des Arbeitsausschusses, 04.02.1958, HAB 2/35-247. Es gab noch eine Auseinandersetzung um die Provision für den Immobilienmakler, der schon den notariellen Kaufvertrag vorgelegt hatte. 4.100 DM zahlten die v. Bodelschwinghschen Anstalten an den Makler, der seinerseits zunächst mehr als 21.000 DM als Entschädigung gefordert hatte, vgl. 2/35-247.

⁷⁵ Friedrich von Bodelschwingh III schrieb in einem Artikel im Boten von Bethel 1967: „Nachdem von unzähligen, meist ganz ungeeigneten Angeboten 32 Güter von Hamburg bis Koblenz vielfach geprüft, aber sämtlich als unbrauchbar befunden waren ...“. In den Akten werden in einer Zusammenstellung der geprüften Güter nur 27 genannt, vgl. HAB 2/35-246.

⁷⁶ Karl-Hermann Köster: Wie Homborn nach Zurstraße kam. Ein Stück Bethel-Geschichte in Breckerfeld, 05.01.1996, S. 2 f.

berg, dafür aber endlich zielbezogen auf die ursprünglichen Überlegungen, lobte er Homborn: den genau passenden Umfang von 400 Morgen, den noch einigermaßen passablen Gutshof auf dem Gelände, die verkehrsgünstige Lage, die Stille und die ideale Nähe zu den Metropolen des Ruhrgebiets.⁷⁷ Einen weiteren Vorteil von Homborn sah Bodelschwingh im Missionsgedanken, der ihn ja ebenfalls heftig umtrieb. Er stellte fest: „Evangelische, uns offenbar gut gesinnte Gemeinde, die Angst hat vor der dort sehr starken katholischen Aktion.“⁷⁸

Bodelschwingh mahnte zur Eile bei der Entscheidung über einen Ankauf. Er wies darauf hin, dass nicht nur die Kaufkraft des Geldes immer weiter schwinde. Auch befürchtete er: „... der Landverzehr der Industrie geht immer weiter und verringert die Aussicht auf das Finden eines geeigneten Objektes.“⁷⁹ In Bethel wurden die entscheidenden Gremien in Bewegung gesetzt. Es kam noch einmal Dynamik in die Ankaufsüberlegungen, als es mit der Deutschen Bauernsiedlung⁸⁰ einen weiteren ernsthaften Kaufinteressenten für Homborn gab.⁸¹

Bei den ersten Vorgesprächen mit Behörden blieben aber auch die Nachteile des Gebietes nicht verborgen. Da war einmal der starke Ausflugsverkehr an den Sonn- und Feiertagen. Dann wurde die Straße von Breckerfeld nach Hagen ausgebaut, und man befürchtete, dass diese stark befahrene Straße die erforderliche Ruhe beeinträchtigen könnte. Zudem lag das Gebiet im Landschaftsschutzgebiet und im Einzugsbereich der Hasperbach-Talsperre, d. h. die Quellschutzzone stellte besondere Anforderungen an die Abwässerableitung. Gerade das sollte später beim weiteren Ausbau Homborns noch eine wichtige Rolle spielen.⁸² Weitaus weniger ins Gewicht wird sicherlich der kleine Makel

⁷⁷ Aktenvermerk Hauptverwaltung, HAB unverzeichneter Bestand Hauptverwaltung Ordner II.

⁷⁸ Aktenvermerk von v. Bodelschwingh III, 11.04.1958, HAB unverzeichneter Bestand Hauptverwaltung Ordner II.

⁷⁹ „Ergebnis eines Grundsatzgesprächs über Sinn und Gestalt einer Ersatzeinrichtung für die Hermannsheide“ von v. Bodelschwingh III, 21.04.1958, HAB unverzeichneter Bestand Hauptverwaltung Ordner I.

⁸⁰ Die Deutsche Bauernsiedlung war an dem Gut und dem Gelände zur Abfindung von Bauern interessiert. Auszug aus dem Sitzungsbericht der Vorstände, 08.08.1958, HAB Bauverwaltung 1, 240.

⁸¹ Auszug aus dem Sitzungsbericht der Vorstände, 08.08.1958, HAB unverzeichneter Bestand Hauptverwaltung Ordner II.

⁸² Aktenvermerk von Gerke im Anschluss an ein Gespräch mit Baurat Vogeler, dem beim Ruhrsiedlungsverband in Essen zuständigen Dezernenten für das Gebiet, in dem das Gut Homborn liegt, 21.06.1958, HAB unverzeichneter Bestand Hauptverwaltung Ordner I; und Aktennotiz von Golling über eine Besprechung mit Kreisbaurat Dr. Würfel, Kreisverwaltung Schwelm, 28.06.1958, HAB unverzeichneter Bestand Hauptverwaltung Ordner I.

gefallen sein, den Bodelschwingh bemerkte: „Zu bedenken ist, daß die Bevölkerung ziemlich stur ist, eine seltsame Mischung von Rationalismus, Pietismus, ja Muckertum, Freikirchen und agilen Katholiken, letztere noch in starker Minderzahl, (10%).“⁸³

Doch von all dem ließ man sich nicht abhalten. Im Herbst 1958 wurde endlich der Ankauf abgewickelt, am 26. März 1959 erfolgte die grundbuchliche Eintragung für die Anstalt Bethel. Die 400 Morgen, Gebäude, einiges Inventar und Maschinen wechselten vom Vorbesitzer, der Brauerei Andreas in Hagen-Haspe, zur Anstalt Bethel. Inklusiv dem lebenden Inventar von 38 Milchkühen, 1 Zuchtbullen, 11 Stück Rindvieh, 28 Kälbern, 4 Läufer-Schweinen, 3 Arbeitspferden und 5 Ponnies.⁸⁴ Insgesamt gingen 983.241,77 DM über den Tisch, davon 3% Maklergebühren für den Makler Johann Evers aus Göttingen und verschiedene Notars- und Gerichtskosten. Aus dem Heidekredit blieb noch ein Restbetrag von 516.758,23 DM für die weiteren Bauvorhaben in Homborn.⁸⁵

Angekommen am Ziel seiner Träume schrieb Friedrich von Bodelschwingh im Arbeitsbericht der v. Bodelschwinghschen Anstalten Bethel 1959/60: „Der Sinn dieser Neugründung ist, ein weiteres Wachstum der Betheler Anstalten in allen ihren Arbeitsbereichen zu ermöglichen, ohne doch weiter alle Arbeit in Bethel zu konzentrieren.“⁸⁶ Wie dieser Auftrag in den nächsten Jahren wahrgenommen wurde, das wäre der spannende zweite Akt des Themas: „Wie gründe ich eine Betheler Zweiganstalt“.

⁸³ Aktenvermerk von v. Bodelschwingh III, 11.04.1958, HAB unverzeichneter Bestand Hauptverwaltung Ordner II. Unterstreichung im Original.

⁸⁴ HAB Bauverwaltung 1, 240. Dafür wurden 68.350 DM veranschlagt, die dann in den Kaufpreis einfließen.

⁸⁵ HAB Bauverwaltung 1, 425. Am 3. Oktober 1958 wurde der Kaufpreis von 950.000 DM an die Andreas Brauerei in Hagen ausgezahlt.

⁸⁶ Arbeitsbericht der v. Bodelschwinghschen Anstalten Bethel 1959/1960, S. 4. Was die Verwaltung angeht, so wurde von Anfang an daran gedacht, eine neue Anstalt, die so weit entfernt von Bethel liegt, so selbständig wie möglich zu organisieren. Am 28. Oktober 1959 wurde der Verein Homborn e.V. gegründet, u. a. mit führenden Vertretern aus den v. Bodelschwinghschen Anstalten Bethel, der Inneren Mission umliegender Kirchenkreise und weiteren Vertretern. Der Verein saß in der Konkordiastraße in Hagen. Am 24.05.1965 wurde die Auflösung des Vereins in das Vereinsregister eingetragen. Danach wurde Homborn – zunächst mit Sonderstatus – als Teilanstalt der v. Bodelschwinghschen Anstalten Bethel aufgenommen. Vgl. Arbeitsbericht der v. Bodelschwinghschen Anstalten Bethel 1961/62 und HAB 2/15-5.